

# POLITISCHER SONDERBERICHT

## Projektland: Burkina Faso

**Datum: 10. April 2013**

### **Prävention und Lösung von Konflikten in Afrika**

Etwa 50 Sicherheitsexperten aus Algerien, Benin, Burkina Faso, Burundi, Kamerun, der Demokratischen Republik Kongo, Gambia, Guinea-Bissau, Lesotho, Marokko, Namibia, Nigeria, Senegal, der Türkei und aus Sambia diskutierten vom 25. bis 27. März 2013 in Ouagadougou, Burkina Faso, über neue strategische Ansätze zur Prävention und Lösung von Konflikten in Afrika. CAFRAD<sup>1</sup> sowie die Projekte der Hanns-Seidel-Stiftung im Maghreb und in Westafrika organisierten gemeinsam mit der Regierung von Burkina Faso und dem südafrikanischen Institut für Sicherheitsstudien (ISS) eine dreitägige Konferenz.

Die Teilnehmer, die über ein hohes Maß an wissenschaftlicher und politischer Expertise verfügten, analysierten aktuelle Sicherheitsprobleme, deren Ursachen und künftige Lösungsansätze. Erste Handlungsoptionen sollten identifiziert werden.

Bereits die Eröffnungszeremonie unter Leitung des Premierministers von Burkina Faso, Luc-Adolphe Tiao, machte deutlich, dass die Konferenz eine Vielzahl von Teilproblemen mit ihren jeweils spezifischen Ursachen herausarbeiten würde. Prominentestes Beispiel dafür ist der in der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik bislang oft vernachlässigte Aspekt der „menschlichen Sicherheit“ (Human Security), in dem nicht gesellschaftstheoretische Fragen im Mittelpunkt stehen, sondern der Mensch als soziales Individuum.

Eine weitere Ursache sei das fehlende Vertrauen zwischen Regierungen und ihren Bevölkerungen.

Als Ergebnis wurde festgehalten, dass kriminelle Gewalt, organisierte Kriminalität und terroristische Aktivitäten in ihren vielfältigen Erscheinungsformen nicht die Ursachen, sondern vielmehr die Ergebnisse schlechter Regierungsführung sind.

Die Schwerpunkte der Analysen konzentrierten sich auf die aktuellen Konflikte: die Krise in Mali, der zunehmend bedrohlichere Terrorismus überwiegend in Westafrika, die Konflikte in der Region der Großen Seen sowie der arabische

---

<sup>1</sup> CAFRAD, Afrikanisches Zentrum für Verwaltungsbildung und -forschung im Dienste der Entwicklung  
Hanns-Seidel-Stiftung\_Politischer Sonderbericht\_Burkina Faso 10. April 2013

## Frühling in Nordafrika.

Als Ursachen für die wenig erfolgreiche Bekämpfung des internationalen Terrorismus wurden strukturelle Defizite in der länderübergreifenden Zusammenarbeit an erster Stelle genannt.

Ebenso behindern nationale Egoismen bis heute den Austausch von Informationen zur Bekämpfung der international aufgestellten organisierten Kriminalität.

Auf nationaler Ebene werden als Konsequenz schlechter Regierungsführung hauptsächlich Defizite der Gewaltenteilung genannt. Funktionierende Demokratien lassen sich nicht auf das Prinzip freier und transparenter Wahlen reduzieren, ebenso wie sich die Respektierung und die Durchsetzung von Menschenrechten nicht auf das Einsetzen von Kommissionen beschränken darf.

Die Einleitung wirtschaftlicher und sozialer Reformen scheitert zumeist an dafür strukturell nicht ausreichend befähigten öffentlichen Institutionen. Kaum einem afrikanischen Land sei es gelungen, mit wirtschaftlichen und demokratischen Fortschritten die Apparate der öffentlichen Verwaltungen auf Effizienz, Verantwortungsbereitschaft und Innovation auszurichten.

Gleiches gilt für die Sicherheitsstrukturen. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass eine bürgernahe Polizei Priorität haben muss. Sie muss auf den Anspruch des Bürgers nach Sicherheit ausgerichtet sein, um so die nationale Sicherheit zu stärken und das Vertrauen zwischen Gesellschaft und Staat wieder herzustellen.

Die Vorträge und Diskussionen identifizierten unterschiedliche Ursachen für die latent unsichere innenpolitische Lage in den meisten afrikanischen Staaten, vorwiegend die Schwäche einiger Staaten, ihre eigene Autorität nachvollziehbar demokratisch zu legitimieren, um auf dieser Basis eine politische, wirtschaftliche und sozial erfolgreiche Gute Regierungsführung zu gewährleisten.

Darüber hinaus gelingt es den wenigsten Staaten, ihre Grenzen ausreichend zu sichern, proaktive krisenpräventive Maßnahmen zu ergreifen oder auf überregionaler Ebene zusammen zu arbeiten.

Weiter wurden externe Faktoren wie Globalisierung und damit die Verbreitung und Entwicklung von neuen Informations- und Kommunikationstechniken genannt. Auch der Waffen-, Drogen- und Menschenhandel ist nur ein Ergebnis der erkannten strukturellen Missstände.

In diesem Zusammenhang ist auch der Zuwachs an religiösem Extremismus, vor allem in Westafrika, zu sehen. Beinahe 80 % aller Terroranschläge in Afrika werden hier verübt, weil diese Region relativ unzugänglich und Europa recht nah ist.

Zur Lösung der stark miteinander verwobenen Probleme wurden vier Strategien erarbeitet.

Erstens wurde vorgeschlagen, die Sicherheitssysteme der Staaten grundlegend zu reformieren. Dabei ist die menschliche Sicherheit in den Vordergrund zu stellen,

und die Aufgaben der internen und externen Sicherheitskräfte (Polizei und Armee) sind verfassungsgemäß konsequenter in ihren Zuständigkeiten zu trennen. In diesem Zusammenhang sind die Polizeiapparate zu professionalisieren und müssen über verfassungsrechtlich eindeutige Vorgaben in ihrer politischen Neutralität kontrollierbar bleiben. Zusätzlich wurde der grundsätzliche Bedarf der Hinwendung zu einer verstärkt bürgerfreundlichen Polizei erkannt.

Zweitens wurde überlegt, das Konzept der Gemeindepolizei (Community Policing) auf afrikanische Staaten zu übertragen. Das bedeutet, die Polizei, sucht mit zivilgesellschaftlichen Organisationen langfristige Lösungen für Sicherheitsprobleme, verteidigt aktiv die Menschenrechte und stellt so ein größeres Vertrauen zwischen Polizei und Bevölkerung her.

Drittens sollten regionale und subregionale Rahmenstrukturen vermehrt für die grenzübergreifende Koordination zur Prävention und Abwehr äußerer und innerer Bedrohungen genutzt werden.

Als letzter Ansatz wurde die grundsätzliche Bedeutung von Demokratie und Guter Regierungsführung betont, da der Kampf gegen Korruption, Armut, soziale Ungerechtigkeit und das gute Funktionieren der staatlichen Institutionen, insbesondere der Justiz, unabdingbar für Sicherheit und Frieden sind.

Besonders positiv erwähnt wurde die Erfahrung aus der Türkei mit der „Gemeinschaftspolizei“ (Community Policing), die als ein mögliches Muster für Reformen in afrikanischen Ländern dienen könnte. Für einige Teilnehmer war der nicht-afrikanische Einfluss unangemessen, da er als destabilisierend empfunden werden könnte. Dementsprechend zogen einige Teilnehmer rein afrikanische Lösungswege vor.

Einig waren sich die Konferenzteilnehmer darüber, dass es in einem ersten Schritt vorrangig darum gehen müsse, nationale Egoismen zu überwinden und den Bereich der nationalen Sicherheit nicht mehr ausschließlich als nationale Herausforderung zu verstehen. In diesem Sinne seien die politischen Entscheidungsträger verstärkt zu sensibilisieren.

Zusammenfassend hat die Konferenz offener und ehrlicher als erwartet die wunden Punkte afrikanischer Sicherheitsprobleme identifiziert. Auch wenn nur 15 von 54 afrikanischen Staaten vertreten waren, haben das Niveau der Analysen und die Ernsthaftigkeit der Beiträge gezeigt, dass die Zeit nationaler Alleingänge ihrem Ende zugehe. Es wird jetzt darauf ankommen, dass einzelne Regierungen oder auch regionale Organisationen entsprechende Initiativen ergreifen.

**Autorin: Christiane Arens**

Die Autorin ist Praktikantin der Hanns-Seidel-Stiftung in Ouagadougou, Burkina Faso.

**Redaktion: Ralf Wittek**, Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika.

IMPRESSUM

Erstellt: 04.04.2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)